

Links & aktuell

DIE LINKE. Stadtverband Magdeburg

Ausgabe 11

10. Juni 2011

Mitteilung des Stadtvorstandes

Die Zuwendungsbescheinigungen (Spende, Beitrag) für das Jahr 2010 für die Bareinzahlungen können ab sofort beim Stadtvorstand (Tel.-Nr. 7324960, Karin Kruse) beantragt werden.

Bis auf weiteres werden die Mitgliedsbeiträge und Spenden durch Karin Krusen zu den bekannten Zeiten entgegengenommen.

Umdenken und nicht nur Symptome behandeln

Kirsten Tackmann, landwirtschafts-politische Sprecherin, über EHEC und eine krankende Agrarpolitik

Durch EHEC herrscht gerade große Verunsicherung unter Verbraucherinnen und Verbrauchern. Nach dioxinverseuchtem Futtermittel, Gammelfleisch, Rinderwahnsinn und Vogelgrippe bedrohen aktuell gefährliche Darmbakterien unsere Gesundheit. Die Politik tappt von einer Krisenbewältigung in die nächste. Wie konnte die landwirtschaftliche Produktion zu einem derart lebensbedrohlichen Risikofaktor werden?

Kirsten Tackmann: Landwirtschaft an sich ist kein lebensbedrohliches Risiko. Ganz im Gegenteil, sie stellt tagtäglich gesunde Nahrung her - im wahrsten Sinn des Wortes Mittel zum Leben. Trotzdem haben sich im sensiblen Bereich der Agrarwirtschaft Fehler im System entwickelt, die zu gesundheitlichen Risiken beitragen. Aktuelles Beispiel ist der Darmkeim EHEC. Die Produktions- und Lieferbeziehungen sind so weit verzweigt, dass sich technisches oder menschliches Versagen oder die Veränderungen an Infektionserregern sehr breit auswirken und immer schwerer beherrschbar sind. Das hochkomplexe System macht solche Probleme außerdem wahrscheinlicher.

Neulich gab's bei mir im Supermarkt Schnittlauch nur aus Südafrika - im Mai wohl gemerkt. Anfangs mutmaßte man, die EHEC-Gurken würden aus Spanien stammen. Bundesdeutsche Bauern kriegen Geld von der EU, wenn sie Ackerflächen stilllegen. Wer profitiert davon?

Dass die gefährliche Variante der EHEC-Infektionen von spanischen Gurken stammen soll, ist mittlerweile widerlegt. Die Infektionsquelle ist damit nach fast zwei Wochen immer noch unklar. Das ist leider bei EHEC eher typisch. Beunruhigend weil ungewöhnlich ist dagegen, dass sie nach wie vor aktiv ist und damit weiter Menschen an ungewöhnlich schweren klinischen Verläufen erkranken. Die Suche nach der Infektionsquelle ist aufgrund des unsinnig weit verzweigten Netzes des Nahrungsmittelhandels schwierig. Der Infektionsort scheint in Norddeutschland zu liegen - aber die Infektionsquelle kann dort oder woanders auf der Welt sein. Bei regionaler Erzeugung und Verzehr von Lebensmitteln wäre die Suche einfacher und die Auswirkungen begrenzter. Äcker-Stilllegungsprämien werden allerdings schon ein paar Jahre in der EU nicht mehr gezahlt. Der Import von Lebensmitteln hat eher mit Dumpingpreisen auf dem

Weltagrarmarkt zu tun. Oder damit, dass wir Erdbeeren auch im Winter essen wollen. Auf diesem globalisierten Agrarmarkt profitiert vor allem der Lebensmitteleinzelhandel auf Kosten der Landwirte oder Obst- und Gemüsebauern.

Für die ärmeren Länder des Südens bleiben die reichen Industrienationen trotz Dumpingpreisen wichtige Absatzmärkte für ihre landwirtschaftlichen Produkte. Wie kann die globalisierte Landwirtschaft auf ein vernünftiges Maß gebracht werden?

Das ist eine wichtige Frage. Gegen internationalen Handel kann man meiner Meinung nach nichts haben. Aber er muss erstens volkswirtschaftlich - nicht allein betriebswirtschaftlich - und ökologisch sinnvoll und zweitens fair, also sozial gerecht sein. Beides ist momentan nicht der Fall. Es ist unverantwortlich, wenn Länder des Südens für die EU Exportfrüchte anbauen, wenn sie gleichzeitig nicht genug Flächen haben, um für sich selbst Nahrungsmittel zu produzieren. Das betrifft vor allem Futtermittel-Soja und Treibstoffpflanzen wie Ölpalmen oder Zuckerrohr. Gleichzeitig ist die Handelsmacht des Nordens meist so groß, dass von fairen Erzeugerpreisen nicht gesprochen werden kann und Billigexporte die regio-

weiter auf Seite 4



Am 10.06.

Norbert Brüning zum 58.

Am 11.06.

Bernd Magerstädt zum 63.

Am 12.06.

Wolfgang Bierstedt zum 59.

Am 14.06.

Angela Sulies zum 41.

Am 15.06.

Wolf-Rüdiger Reinwald zum 56.

Rolf Nagel zum 64.

Helga Rehfeldt zum 72.

Siegfried Hilgendorf zum 84.

Ruth Kühne zum 86.

Am 18.06.

Marcel Pötsch zum 38.

Dietmar Weber zum 77.

Johannes Rochlitz zum 87.

Am 20.06.

Andreas Lange zum 42.

Werner Bruns zum 83.

Anja Lieding zum 36.

Nachträglich möchten wir Karl-Heinz Siebert zum 85. Geburtstag gratulieren.

Redaktionsschluss

für die Ausgabe Nr. 12 von Links&aktuell ist der 17.06.2011. Beiträge können zu den Sprechzeiten des Stadtvorstandes abgegeben werden.

Oder per Mail:
linksundaktuell@dielinke-magdeburg.de

Der Stadtvorstand ist unter folgender E-Mail Adresse erreichbar:
stadtvorstand@dielinke-magdeburg.de

**Die Ausgabe 12 erscheint am
24. Juni 2011**

Termine

18.6.2011

9.00 Uhr

Stadtparteitag

Gewerkschaftshaus

Otto-von-Guericke-Straße

20.6.2011

17.00 Uhr

Mitgliederversammlung

BO Kannenstieg/Milchweg

Bürgerhaus Kannenstieg

J.-R-Becher-Str. 57

23.6.2011

16.30 Uhr

Mitgliederversammlung

BO Semmelweisstraße

Gratenlokal „Mein Heim“

Fermersleber Weg

Wir erhielten die traurige Nachricht, dass unser langjähriger Genosse

Klaus Kleine

verstorben ist.

geb. am 22.8.1931

verst. 6.6.2011

Wir verlieren mit ihm einen aufrechten Kämpfer für soziale Gerechtigkeit.

Wir werden uns seiner stets erinnern.

Die Mitglieder der Basisorganisation Karl Liebknecht
Der Stadtvorstand

Die Trauerfeier findet am 24.
Juni 2011 um 10.00 Uhr auf dem
Südfriedhof in Magdeburg statt.

Reihe: RLS on green tour Ohne ihn ginge der Mutter Erde die Luft aus....

Vortrag zum Internationalem Jahr
der Wälder 2011

mit Prof. Dr. Gerald Wolf, Magdeburg

Termin: 21.06.2011 19:30 Uhr

Ort: Hörsaal der Universitätskinderklinik (Haus 10), Leipziger Str.44,
39120 Magdeburg

Veranstaltung der Zentralbibliothek
der OvGU in Kooperation mit der
RLS

Sachsen-Anhalt-Tag

Infostand der RLS Sachsen-Anhalt

Termin: 24.-26.06.2011

Ort: zwischen Thälmannstraße und
Aschberg in Gardelegen

Inflation - Menschen am Rande der Existenz

Autorenlesung in der Reihe: Solidarisches
Gesellschaft

mit Gunnar Kunz, Berlin

Termin: 29.06.2011 18:30 Uhr

Ort: RLS Sachsen-Anhalt, Seminarraum,
Ebendorfer Str.4

Reihe: RLS on green tour Risikoorientierte Lebensmittelüberwachung in Sachsen-Anhalt

mit Hannelore Klingemann (Dezernatsleiterin Fachbereich Lebensmittelsicherheit im Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt)

Termin: 30.06.2011 18:30 Uhr

Ort: Universitätsbibliothek (Geb.30),
Nähe Pfälzer Straße

RLS mit Unterstützung der Unibibliothek
Magdeburg

Leserbrief

Was ich vermisse - und was uns auffallen sollte

Sehr geehrte Genossinnen und Genossen,

als aufmerksamer Leser unserer „Links & Aktuell“ möchte ich mich heute zu Wort melden.

In der Vergangenheit sind mir vielerlei Dinge aufgefallen, die wie ich finde, es wert sind, eine angeregte Diskussion innerhalb unserer Partei zu ermöglichen. Diese kommen oftmals leider viel zu kurz. Da ich der Ansicht bin, dass Kritik erlaubt sein muss, ist es zum Wohle unserer Partei zu betrachten, dass man diese auch, wenn die Zeit dafür reif ist, von sich gibt.

Meiner Meinung nach ist es an der Zeit, z.B. auf die Kommunismus-Debatte einzugehen. Egal ob in der Öffentlichkeit geführt oder im stillen Kämmerlein parteiintern diskutiert, schaden wir unserer Partei auf extremste Weise. Wir sollten und müssen es lernen, klare Worte und klare Absagen an solche Art Begrifflichkeit zu richten. Des Weiteren sind wir dabei, aus dem Auge zu verlieren, ganz klare Aussagen zu treffen:

- Politik muss in der Verantwortung ausgeübt werden (auch linke Politik), in der realen Umsetzung wehtun kann und immer, egal, wo, wie, mit Einschnitten vielfältiger Art verbunden sind und sein werden.
- die ständige, daraus resultierende, „Schema F“-mäßige Schwarz/Weiß-Malerei geht nicht auf! Es kann nicht immer nur „Gut“ und „Böse“ geben.

Damit wurde lange Zeit versucht, viele politische Sachverhalte zu erklären.

Die meisten politischen Themen ob lokaler bis hin zu internationaler Kultur, sind weitaus zu umfassend und vielschichtig, als dass sie sich darüber erklären ließen, ohne ein schlüssiges Konzept nachreichen zu können, ohne „rosarote“ Brille.

Wir müssen im Alltag der Wählerinnen und Wähler präsent sein, viel präsenter z.B. als andere Parteien. Auch wir müssen in der Öffentlichkeit in der Lage sein, nicht nur die Arbeitnehmerinteressen und Erwerbslosen zu vertreten, sondern auch die von Selbständigen und Freiberuflern. Eine Partei lebt von der Vielfalt ihrer Mitglieder und potenziellen Wähler/innen in all ihrer jeweiligen persönlichen Eigenheit.

Es reicht nicht aus, eine Dagegen-Partei zu sein, sondern nur, wenn wir unsere hoch gesteckten, vor allem sozialpolitischen Ziele erreichen wollen, dies auch vor allem durch intelligente Wirtschaftlichkeit dieser Vorschläge auch Wählern glaubhaft machen zu können, die sich Die Linke nicht unbedingt als 1. Wahl auf dem Stimmzettel sehen. Wir müssen es lernen, uns gefallen zu lassen, dass uns Bürgerinnen und Bürger den Spiegel unserer eigenen Versprechungen vorhalten werden, sollten wir in Regierungsverantwortung kommen. Und diese Versprechungen müssen stets und ständig mit Taten einhergehen - denn darin begründet sich Wahrhaftigkeit zwischen Aussage und Tat für den Bürger.

Mit freundlichen Grüßen,
Udo Diere

Entschieden gegen Antisemitismus

Die Fraktion DIE LINKE hat in ihrer Sitzung am 7. Juni 2011 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE werden auch in Zukunft gegen jede Form von Antisemitismus in der Gesellschaft vorgehen. Rechtsextremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei heute und niemals einen Platz. Die Fraktion DIE LINKE tritt daher entschieden gegen antisemitisches Gedankengut und rechts-extremistische Handlungen auf.

Die Mitglieder der Bundestagsfraktion erklären, bei all unserer Meinungsvielfalt und unter Hervorhebung des Beschlusses des Parteivorstandes gegen Antisemitismus vom 21. Mai 2011:

Wir werden uns weder an Initiativen zum Nahost-Konflikt, die eine Ein-Staaten-Lösung für Palästina und Israel fordern, noch an Boykottaufrufen gegen israelische Produkte noch an der diesjährigen Fahrt einer ‚Gaza-Flottille‘ beteiligen.

Wir erwarten von unseren persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeitern, sich für diese Positionen einzusetzen.

Die Position der Fraktion DIE LINKE zum Nahost-Konflikt ist im Internet unter <http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/position-fraktion-linke-nahost-konflikt/> abrufbar.

Fortsetzung von Seite 1

nen Erzeugermärkte zerstören. Übrigens auch innerhalb der EU. DIE LINKE will deshalb konsequente soziale und ökologische Regeln auf den Agrarmärkten, Verhinderung von Spekulationen mit Agrarrohstoffen. Und die EU-Agrar-Exportsubventionen müssen endlich eingestellt werden.

Und die bundesdeutsche Landwirtschaft? Wodurch will DIE LINKE erreichen, dass Bäuerinnen und Bauern hierzulande von tatsächlich landwirtschaftlicher Produktion leben können?

Wir brauchen erstens eine Machtverschiebung in der Wertschöpfungskette. Weniger Macht für den Großhandel, dafür mehr Macht für die Erzeugerseite. Beispielsweise durch Genossenschaften oder Erzeugerzusammenschlüssen. Das European Milk Board ist so ein Beispiel. Zweitens fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn, also auch in der Agrarwirtschaft. Und drittens sind wir auch alle als Verbraucherinnen und Verbrauchern in der Verantwortung: Regional kaufen, heißt auch mehr Kontrollmöglichkeiten für faire Preise. Nur billig kaufen, unterstützt risikoreiche statt sozial und ökologisch verantwortungsvolle Strukturen. Aber das ist angesichts der Armutsentwicklung auch in unserem Land natürlich gerade für mich als LINKE-Abgeordnete eine schwierige Diskussion.

Wo sich der Kreislauf abermals bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern schließt. Die müssen letztlich faire Preise zahlen können.

Genau das meinte ich. Darum auch der gesetzliche Mindestlohn. Wer selbst jeden Cent zweimal umdrehen muss, hat beim Einkauf kaum die Möglichkeit, faire Preise zu bezahlen. Bio ist auch ein bisschen elitär. Deshalb brauchen alle Erwerbstätigen mehr in der Lohntüte, damit es auch den Bauern besser gehen kann. Aller-

dings gibt es auch genug Menschen, die sich eher ein teures Auto als Lebensmittel mit fairem Preis leisten. Es ist also nicht nur eine Frage des verfügbaren Geldes, sondern auch eine Frage der eigenen Prioritäten. Das muss letztendlich jeder selbst entscheiden. Wie groß ist eigentlich der Einfluss von Lobbyverbänden in der Landwirtschaft?

Als Agrarpolitikerin habe ich viel Kontakt zu Lobbyverbänden und ich finde, dass sich das in die richtige Richtung bewegt. Die Agrardebatten dominiert nicht mehr der Deutschen Bauernverband, auch wenn er ein wichtiger Interessenvertreter bleibt. Aber auch andere Landwirtschafts- oder Umweltverbände oder Vereine der Entwicklungszusammenarbeit mischen sich in die politischen Debatten ein. Sie vertreten legitim ihre jeweiligen Anliegen, die bei politischen Entscheidungen mitgedacht werden müssen. Wichtig ist dabei Transparenz und dass man sich als Abgeordnete ein objektives und unabhängiges Urteilsvermögen erhält. Denn insgesamt ist der Einfluss der Agrarlobby nicht zu unterschätzen. Verbindungen zwischen den Spitzenverbänden und den Bundesministerien sind intensiv. Hier haben wir als Opposition ein wachsames Auge.

Welche Chancen sehen Sie, dass es durch EHEC ein grundsätzliches Umdenken in der Agrarpolitik gibt?

EHEC hat uns offensichtlich völlig unvorbereitet getroffen. Wir wissen zu wenig über das Bakterium selbst, wo es herkommen könnte, über seine Wege in die Lebensmittelkette und die Risiken, sich zu infizieren. Das zeigt eklatante Defizite in der Risikoforschung und -überwachung. Damit wird ein ohnehin riskantes System unkalkulierbar. Allein diese Tatsache müsste zu tiefem Nachdenken führen. Stattdessen wird dem Problem wieder einmal routiniert hinterhergelaufen. Deshalb fürchte ich, dass

auch dieses Mal nur Symptome behandelt werden, aber kein Umdenken in der Agrarpolitik stattfindet. EHEC ist natürlich keine direkte Folge einer verfehlten Agrarpolitik, aber sie trägt dazu bei. Die Agrarpolitik krankt ja an vielen Stellen: Artenschwund, Arbeitsplatzabbau, Klimawandel, Spekulationen mit Boden und Rohstoffen. Hier gibt es viel zu tun.

linksfraktion.de, 6. Juni 2011

Schluss mit dem Krieg in Afghanistan

Die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Gesine Löttsch und Klaus Ernst, sowie der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der LINKEN, Gregor Gysi, erklären anlässlich eines weiteren Opfers der Bundeswehr im Kriegseinsatz in Afghanistan: „Unser Mitgefühl ist bei den Angehörigen und Freunden des im Distrikt Baghlan-e-Markasi, durch einen Selbstmordanschlag getöteten deutschen Soldaten. Wir wünschen den Verletzten baldige Genesung.“

Drei Tote innerhalb einer Woche zeigen auf grausame Weise, dass jeder weitere Kriegstag die Gewaltspirale in Afghanistan eskalieren lässt. Es ist höchste Zeit, diesen Krieg zu beenden und die Bundeswehr unverzüglich aus Afghanistan abzuziehen. Der Einsatz der Bundeswehr hat alle seine Ziele verfehlt. Wer Frieden für Afghanistan will und den Aufbau demokratischer, ziviler Strukturen und die wirtschaftliche Entwicklung unterstützen will, muss den Weg für Friedensverhandlungen frei machen und den Kriegseinsatz beenden. Die Bundeswehr muss endlich und unverzüglich raus aus Afghanistan. Der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ist das Beste für die Sicherheit der deutschen Soldaten.

Berlin, 2. Juni 2011